



Idee «Solidaritätsbeitrag»

SP-Vorschläge gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz schlägt ein Massnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vor. Unter anderem fordert sie von den Gutverdienenden eine Solidaritätsabgabe. Zudem sollen Betriebe die Jungen nach der Lehre weiterbeschäftigen.

rom. Bern, 17. April

Mit einem ganzen Bündel von Vorschlägen versucht die SP Schweiz, die Jugendarbeitslosigkeit zum prioritären Thema der Politik zu machen. Nach Ansicht der Sozialdemokraten nimmt der Bundesrat beziehungsweise die zuständige Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard das Problem auf die zu leichte Schulter. Vor allem die Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen macht der SP Sorgen, also jene Jugendlichen, die eine Lehre abgeschlossen haben und keinen Arbeitsplatz finden. Die Lehrabgänger müssten unterstützt werden, bevor sie aus dem Arbeitsmarkt fielen, sagte die Aargauer Nationalrätin Pascale Bruderer. Sie stellte die entsprechenden Forderungen unter den Begriff der «vorsorgenden Sozialpolitik». Die Jugendlichen brauchten nicht in erster Linie Geld, sondern vielmehr eine Perspektive.

Ab Löhnen von 126 000 Franken

Ums Geld geht es bei den Vorschlägen der SP aber durchaus. Zur Finanzierung der Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit regt die Partei ein vorübergehendes Solidaritätsprozent auf den Löh-

nen von über 126 000 Franken an, was nach Kalkulation der SP jährlich mindestens 160 Millionen Franken einbrächte. Mit diesem Geld sollten beispielsweise an alle Lehrabgänger Weiterbildungsgutscheine von je 5000 Franken abgegeben werden. In erster Linie verlangt die SP aber die Weiterbeschäftigung der Jugendlichen nach dem Lehrabschluss. Die Anstellungen sollen für vorerst weitere 12 Monate mit einem leicht reduzierten Ausgebildeten-Salär weitergeführt werden. Ein Teil der entsprechenden Aufwendungen wäre durch die Arbeitslosenversicherung zu übernehmen.

«Gipfeltreffen» gefordert

Bund und Kantone sollten diesbezüglich mit dem guten Beispiel vorangehen und ihre eigenen Lehrlinge nach abgeschlossener Lehre für weitere 18 Monate beschäftigen, verlangt die SP. Zudem müsse der Bund vermehrt eigene Projekte zugunsten schwächerer Jugendlicher lancieren. Die entsprechenden Gelder stünden laut SP zur Verfügung, denn 10 Prozent der Berufsbildungsausgaben wären von Gesetzes wegen in Projekte für Jugendliche zu investieren, die keine Lehrstelle oder Arbeitsstelle finden. Dieser Betrag sei vom Bund bis jetzt nie ausgeschöpft worden, kritisiert die SP. Schliesslich fordern die Sozialdemokraten umgehend ein Spitzengespräch von Parteien und Sozialpartnern mit dem Wirtschaftsausschuss des Bundesrats. Auf dieser Ebene sollten auch die Probleme der nächsten Generation von Schulabgängern erörtert werden. Wegen der Rezession dürfte für sie die Suche nach einer geeigneten Lehrstelle schwerer werden.